



Demokratie und Partizipation

Eine Methodensammlung für die aufsuchende politische Bildungsarbeit



Trägernetzwerk
Politische Bildung
in der Arbeitswelt



**BILDUNGS
SCHWERPUNKT.**



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir leben in unruhigen Zeiten. Die Folgen der Corona-Pandemie, der Überfall Russlands auf die Ukraine, immer mehr Diktaturen und gewalttätige Konflikte weltweit, dazu die Herausforderungen durch den Klimawandel und die Digitalisierung – all das setzt die Demokratien weltweit und auch in Deutschland unter Druck.

Denn wo die Verunsicherung und die Sorgen vieler Menschen zunehmen, da sinkt oft das Vertrauen der Menschen in die Problemlösungskompetenz von demokratischen Verfahren. Statt Diskussionen, komplexem Interessenausgleich und Kompromissen wünschen sich viele Menschen schnelle und einfache Lösungen.

Leider müssen wir auch hierzulande feststellen: Immer mehr Menschen wenden sich von der Demokratie ab. Im gesamten Land wächst die Unzufriedenheit mit der Demokratie, und mittlerweile äußert bereits eine Mehrheit der Befragten in den ostdeutschen Bundesländern regelmäßig ihre Unzufriedenheit. In der Folge dieser Vertrauenskrise der Demokratie sehen wir aktuell in ganz Europa den Aufstieg von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien, die die Verunsicherung der Menschen weiter anheizen und mit vermeintlich einfachen Lösungen doch stets nur Hass und Vorurteile schüren.

Was können wir als Gewerkschaften, was können wir als Demokratinnen und Demokraten tun, um wieder mehr Menschen von der Demokratie zu überzeugen und für die aktive Mitgestaltung unserer Gesellschaft zu begeistern? Gewerkschaften können durch ihre politische Bildungsarbeit einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten und so ein demokratisches Miteinander unterstützen. Durch politische Bildungsarbeit erkennen Menschen eigene Interessenlagen, entwickeln politische Orientierung und den Aufbau von Kompetenzen, die für praktisches politisches Handeln erforderlich ist.

Dafür eignen sich verschiedene Methoden, die sowohl in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit als auch bei Veranstaltungen, in der aufsuchenden Bildungsarbeit oder bei Straßenaktionen genutzt werden können.



Das Ziel der Methodensammlung ist es, Menschen in ihrem Arbeitsumfeld zu erreichen und einen Bildungsprozess zu starten. Die Methoden sollen die Teilnehmenden motivieren, selbstständig über Ereignisse oder Themenfelder nachzudenken und Lösungen zu erarbeiten. Die Teilnehmenden können darin gestärkt werden, auch auf kontroverse Gespräche einzugehen und eine kollegiale Diskussionskultur zu etablieren. Wir wollen eine belebende Debatte fördern, aber menschenverachtenden Haltungen keinen Raum geben. Dies in Bildungsaktivitäten zu praktizieren und zu erlernen, ist ein Baustein zur Stärkung einer wehrhaften Demokratie.

Der Bildungsschwerpunkt „Demokratie und Partizipation“ entstand innerhalb des Projekts „Demokratisch ist man nicht allein“ - Trägernetzwerk politische Bildung in der Arbeitswelt. Das Projekt wurde in den Jahren 2021 - 2023 mit der Förderung durch die Bundeszentrale für politische Bildung umgesetzt und organisierte einen Austausch zur aufsuchenden politischen Bildungsarbeit.

Einige der nachfolgenden Methoden entstanden in einem kreativen Prozess, bei dem verschiedene Kolleginnen und Kollegen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften gemeinsam Ideen entwickelten und kritisch diskutierten. Darüber hinaus haben Mitglieder des Trägernetzwerks selbst Methoden zur aufsuchenden Bildungsarbeit entwickelt. Einige davon werden ergänzend auf der Plattform www.dgb-bildungsschwerpunkt.de bereitgestellt.

Wir wünschen euch viel Spaß beim Einsatz der Methoden in Seminaren, auf Veranstaltungen oder bei Straßenaktionen!



Elke Hannack



Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes,
Vorsitzende des DGB Bildungswerk BUND e.V.

INHALT

VORWORT	02
UMGANG MIT DEN BILDUNGSMATERIALIEN	05
METHODEN	
M1 Vernissage der demokratischen Erinnerung und Veränderung	06
M2 Kleingruppenarbeit zu dem Thema „Politik und Alltag“	08
M3 Stumme Diskussion „Die Demokratie und ich“	10
M4 Luftballonabfrage „Wie viel heiße Luft steckt in der politischen Debatte?“	14
M5 Demokratie-Stammtisch	16
M6 Positionierung „Selbstbestimmung – Mitbestimmung – Fremdbestimmung“	18
M7 Aktivierende Präsentation „Demokratie in der Wirtschaft. Geht das?“	20
M8 Planspiel „UN-Klimakonferenz“	22
Rollenbeschreibung: USA	26
Rollenbeschreibung: Europäische Union	28
Rollenbeschreibung: BASIC-Staaten	30
Rollenbeschreibung: AOSIS	32
Rollenbeschreibung: Nichtregierungsorganisationen	34
Begriffe	36
Verhandlungsprotokoll	37
M9 Kooperatives Kugellager – von der Idee bis zur praktischen Umsetzung	38



UMGANG MIT DEN BILDUNGSMATERIALIEN

Was ist ein DGB Bildungsschwerpunkt?

Der DGB Bildungsschwerpunkt ist eine Methoden- und Materialiensammlung zu ausgewählten Themen, die sowohl für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit als auch für Veranstaltungen und Aktionen genutzt werden kann. Er wird von der DGB-Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit in Kooperation mit dem DGB Bildungswerk e. V. herausgegeben. Die Broschüre wird ergänzt durch die Plattform www.dgb-bildungsschwerpunkt.de. Dort können neben den hier aufgeführten Bildungsmaterialien weitere vertiefende Informationsmaterialien abgerufen werden.

Der DGB Bildungsschwerpunkt „Demokratie und Partizipation“ ist innerhalb des Projekts *„Demokratisch ist man nicht allein“ – Trägernetzwerk Politische Bildung in der Arbeitswelt* entstanden, welches der DGB, das DGB Bildungswerk und die Universität Duisburg-Essen mit einer Förderung durch die Bundeszentrale für politische Bildung umsetzen. Einige der dem Projekt zugrunde liegenden Methoden sind mit den Netzwerkpartner*innen im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung zur Methodenentwicklung entstanden. Weitere Methoden der Netzwerkpartner*innen werden online auf der Plattform www.dgb-bildungsschwerpunkt.de bereitgestellt.

Methodisch-didaktischer Umgang mit den Bildungsmaterialien

Mit diesen Bildungsmaterialien zeigen wir Möglichkeiten auf, das Thema „Demokratie und Partizipation“ auf vielfältige Weise zu diskutieren. Die Methoden lassen sich in drei Kategorien unterteilen: Sie dienen 1. einem Einstieg in das Thema, um Diskussionen durchzuführen und dabei Wissen zu generieren, 2. der Simulation gesellschaftspolitischer Diskussionen innerhalb einer Veranstaltung und 3. der Reflexion derselben.

Die hier zur Verfügung stehenden Bildungsmaterialien eignen sich insbesondere für die aufsuchende Bildungsarbeit im arbeitsweltlichen Kontext.

Stimmen die Rahmenbedingungen?

Jede Methode beinhaltet eine Übersicht mit folgenden Informationen: benötigte Materialien, Zeitumfang, Anzahl der Teilnehmenden. So seht ihr auf einen Blick, was benötigt wird und ob die Methode für eure Teilnehmendenzahl und die zur Verfügung stehende Zeit geeignet ist.

Was muss ich mitbringen, um die Methoden umsetzen zu können?

Jede Methode beinhaltet neben den Rahmenbedingungen außerdem noch eine Fünf-Sterne-Skala, die beschreibt, wie viel Moderationskompetenzen ihr zur Umsetzung jeweils mitbringen solltet. Hat eine Methode einen Stern bei der Moderationskompetenz, bedeutet dies, dass sie sehr einfach anzumoderieren ist und wenig Vorbereitungsaufwand eurerseits erfordert. Prinzipiell gilt: Je mehr Sterne, umso mehr müsst ihr als Moderator*innen inhaltliches Wissen und Moderationserfahrung mitbringen.

Zur bestmöglichen Vorbereitung findet ihr auf der Plattform www.dgb-bildungsschwerpunkt.de/infomaterial eine Sammlung von Informationsmaterialien.

Einen Lernprozess gestalten

Die Methoden können je nach euren Bedarfen auch miteinander kombiniert werden oder euren Ablaufplan ergänzen. Die Entscheidung, wie ihr die Methoden anwendet, liegt bei euch.

Vernissage der demokratischen Erinnerung und Veränderung

**Anzahl der Teilnehmenden:**

Kleine und mittlere Gruppengröße (7 bis 25 Teilnehmende)

**Zeit:**

ca. 60 Minuten

**Moderationskompetenz:****Vorkenntnisse der Teilnehmenden:****Ziele:****Die Teilnehmenden:**

- finden einen persönlichen Einstieg in das Thema „Demokratie“.
- erinnern sich an Ereignisse der Geschichte, um darauf aufbauend über aktuelle Themen zu sprechen.
- nehmen wahr, was die anderen Teilnehmenden mit dem Thema verbinden und kommen in einen Austausch mit ihnen.

**Kurzbeschreibung:**

Diese Methode eignet sich für den thematischen Einstieg. Die Teilnehmenden sollen anhand von Fotos eine persönliche Erfahrung mit der „Demokratie“ in der Gruppe teilen. Dabei kann es um sehr persönliche Erfahrungen, aber auch um historische Momente der Demokratie gehen.

**Material:**

- Computer oder Tablets mit Drucker
- großer Gruppenraum

Ablauf:

Die Teilnehmenden werden gebeten, in ihrer Biografie einen Moment zu finden, den sie mit Demokratie in Verbindung bringen. Dies kann die erste Wahl, eine Demonstration oder ein politisches Ereignis wie die Wendezeit in der DDR sein. Hierbei darf sich im Raum bewegt werden.

Haben die Teilnehmenden ein Ereignis gefunden, suchen sie per Internetrecherche ein Bild, welches dazu passt. Das Foto kann auch symbolisch für das Ereignis gelten und muss nicht zwangsweise historisch korrekt sein. Haben die Teilnehmenden Fotos gefunden, werden diese im Raum an einer Wand aufgehängt.

Die Gruppe widmet sich anschließend jedem Foto, und der Person, die das jeweilige Foto ausgewählt hat, erklärt kurz ihre Geschichte dazu. Die Teilnehmenden können an dieser Stelle auch ins Gespräch kommen. Möglicherweise entdecken sie, was die Schilderung eines Geschehens betrifft, Parallelen zu eigenen Erinnerungen oder auch davon Abweichendes. Sollte die Veranstaltung länger andauern, können die Teilnehmenden auch Ergänzungen der Vernissage vornehmen und andere Fotos hinzufügen.

Die Methode funktioniert auch im digitalen Raum gut. Die Recherche nach Fotos können die Teilnehmenden per Suchmaschine durchführen und dann entweder Links oder die Fotos in dem Chat teilen oder auf eine digitale Pinnwand (etwa „Padlet“) oder in ein Intranet hochladen.

Steht kein Drucker zur Verfügung, kann auch mit einer digitalen Pinnwand im Seminarraum gearbeitet werden. Die Nutzung von Handys anstatt von Computern oder Tablets ist auch möglich. Wichtig dabei ist, für einen stabilen Internetzugang zu sorgen.

Kleingruppenarbeit zu dem Thema »Politik und Alltag«



Anzahl der Teilnehmenden:

Mittlere Gruppengröße (10 bis 20 Teilnehmende)



Zeit:

ca. 30 bis 45 Minuten



Moderationskompetenz:



Vorkenntnisse der Teilnehmenden:



Ziele:

Die Teilnehmenden:

- überdenken selbstständig, wo ihnen in ihrem Alltag Politik begegnet.
- erkennen, dass ihnen Politik an sehr vielen Stellen ihres Alltags begegnen kann bzw. dass politische Entscheidungen in viele Lebensbereiche einwirken.
- nehmen wahr, dass sie politische Entscheidungen beeinflussen können.



Kurzbeschreibung:

Die Methode eignet sich gut, um in das Thema Demokratie einzusteigen. Die Gruppe sollte in der Lage sein, vertrauensvoll miteinander umzugehen.

Die Teilnehmenden überlegen, in welchen Bereichen ihres Alltags Politik vorkommt. Politik soll als ein Phänomen aufgezeigt werden, das viele Bereiche der Gesellschaft betrifft und es kaum Bereiche gibt, die nicht politisch sind.



Material:

- großer Gruppenraum
- Karten
- Stifte
- zwei Pinnwände

Ablauf:

Zu Beginn werden die Teilnehmenden in Kleingruppen von zwei bis drei Personen eingeteilt.

Sie sollen in diesen Kleingruppen gemeinsam überlegen:

1. Was Politik für sie bedeutet
2. In welchen Lebenslagen sie nicht mit Politik in Berührung kommen
3. Wo sie Politik erleben.

Die Teilnehmenden notieren sich auf Karten die Lebensbereiche, die in ihren Augen etwas mit und ohne Politik zu tun haben.

Nach ca. 15 Minuten kommt die Gruppe wieder zusammen und die Ergebnisse werden an die beiden Pinnwände gepinnt. Für die Moderation ist es wichtig, dass Karten auf der „unpolitischen Pinnwand“ einen Anlass bieten, im Plenum die Frage zu diskutieren, ob es in diesem Bereich nicht doch eine politische Komponente geben könnte. Bei dieser Gelegenheit sollte den Teilnehmenden das Bild vermittelt werden, dass Politik im Alltag tief verankert ist, auch wenn vielleicht viele Teilnehmende einen zunächst gegenteiligen Eindruck hegen. So kann zum Beispiel der Weg zur Arbeit als unpolitisch empfunden werden, obwohl politische Entscheidungen für die Regelung des Verkehrs, sei es die Einführung eines Tempolimits oder die Nutzung von Fahrrädern im Straßenverkehr, existenziell sind. Gleiches gilt für die unterschiedlichsten Hobbys von Menschen, denen ebenfalls nicht politikfrei nachgegangen werden kann.

Das Ziel soll hierbei nicht sein, alle „unpolitischen“ Karten zu widerlegen, sondern den Horizont der Teilnehmenden zum Begriff „Politik“ zu erweitern und aufzuzeigen, dass sich alle Menschen in unterschiedlichen Zusammenhängen und sozialen Räumen politisch einmischen können.

Hierzu kann auch erfragt werden, wie die Teilnehmenden die Politik in diesem Bereich mitgestalten können, beispielsweise indem ein Protest organisiert oder ein Brief an Abgeordnete geschrieben wird.



Mehr zum Thema „Was ist Politik?“ findet sich bei der Bundeszentrale für politische Bildung unter:
www.bpb.de/themen/politisches-system/politik-einfach-fuer-alle/259080/was-ist-politik

Stumme Diskussion „Die Demokratie und ich“



Anzahl der Teilnehmenden:

Kleine und mittlere Gruppengröße (7 bis 20 Teilnehmende)



Zeit:

ca. 40 Minuten



Moderationskompetenz:



Vorkenntnisse der Teilnehmenden:



Ziele:

Die Teilnehmenden:

- setzen sich mit der Demokratie in der Gegenwart auseinander.
- überlegen, was für sie und ihren Alltag Demokratie bedeutet.
- verständigen sich auf ein gemeinsames Verständnis des Begriffs Demokratie.



Kurzbeschreibung:

Die Methode eignet sich, um in das Thema „Demokratie“ einzusteigen und die Teilnehmenden zu Beginn einer Veranstaltung aktiv einzubeziehen. Die Teilnehmenden beschreiben, was sie mit dem Begriff „Demokratie“ verbinden – bezogen auf die eigene Person und ihr soziales Umfeld. Abschließend soll der Versuch unternommen werden, die gesellschaftspolitische Dimension von Demokratie darzustellen und gemeinsam zu definieren.



Material:

- großer Gruppenraum
- Moderationskarten mit Stiften
- vier Pinnwände

Ablauf:

Zu Beginn werden drei Pinnwände vorbereitet, die im Raum verteilt stehen. Auf jede Pinnwand soll eine Frage formuliert werden. Die Fragen sind:

- Was heißt Demokratie für mich?
- Wo komme ich mit Demokratie in Berührung?
- Was erwarte ich von der Demokratie?

Die Teilnehmenden laufen nun allein die Pinnwände ab und notieren auf Karten, was ihnen zu den Fragen einfällt. Dabei sollen keine Gespräche stattfinden. Nachdem diese Phase vorüber ist, schauen sich die Teilnehmenden zusammen mit der Moderation die Pinnwände an und haben die Möglichkeit, entsprechende Nachfragen zu einzelnen Karten zu stellen. Eventuell ist es erforderlich, bei der Pinnwand „Wo komme ich mit Demokratie in Berührung?“ nachzuhaken und die Frage zu diskutieren, ob nicht beispielsweise auch im Beruf (Mitbestimmungsebene, Arbeitsorganisation) oder in der Freizeit (Vereinsleben, Gestaltung von Freizeit) demokratische Prinzipien vorhanden sind.

Sind diese Fragen zu Genüge besprochen worden, wird an einer vierten Pinnwand gemeinsam eine Definition von Demokratie erarbeitet, die weit mehr als politische Wahlen umfasst und Demokratie als ein alltägliches gesellschaftspolitisches Instrument erkennen lässt. Orientieren könnt ihr euch hierbei an dem Infoblatt zu Demokratie.

Infoblatt Demokratie

Demokratie leitet sich von dem altgriechischen Begriff *dēmokratía* ab und bedeutet „Volksherrschaft“. Demokratie ist eine Gesellschaftsform des Zusammenlebens, in der die Teilhabe aller Individuen an der politischen Willensbildung ein zentrales Element darstellt. Die heutige Praxis von Demokratie weist unterschiedliche Formen der Partizipation an gesellschaftspolitischen Prozessen auf. Zentral sind jedoch für alle Demokratien:

- allgemeine, freie und geheime Wahlen,
- die Aufteilung der Staatsgewalt in Regierung, Rechtsprechung und Gesetzgebung,
- die Gewährung der Grundrechte, somit von Menschenrechten.

Darüber hinaus können demokratische Funktionen auch in anderen Bereichen gefordert und gefördert werden. Vor allem im gewerkschaftlichen Kontext sind Teilhabe und Mitbestimmung am Wirtschaftsleben eine Forderung, die in der Geschichte der Gewerkschaften eine wichtige Rolle einnahmen und heute noch lebhaft diskutiert werden. Demokratie bezieht sich hier nicht nur auf die Rechte von Arbeitnehmenden, sondern fordert gleichermaßen die Mitbestimmung an wirtschaftspolitischen Entscheidungen sowie der Organisation von Arbeit in einem Unternehmen oder in der Verwaltung.

Ebenso ist ein zentraler Punkt von Demokratie, dass die Rechte von religiösen, ethnischen oder kulturellen Minderheiten geachtet werden, es also keinen Automatismus gibt, der Mehrheiten gegenüber Minderheiten mehr Rechte und Privilegien einräumt. Dies gilt auch für Einzelpersonen.

Um Demokratie zu gewährleisten, ist es wichtig, persönliche Freiheiten als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu garantieren. Dafür sorgt das Gewaltmonopol des Staates. Dies bedeutet jedoch nicht, dass einzelnen Menschen eine grenzenlose Freiheit ihres Handelns gewährt wird. Da der Aushandlungsprozess für Entscheidungen ein wichtiger Bestandteil von Demokratie ist, müssen auch Kompromisse eingegangen werden, die nicht immer mit den Forderungen der Einzelperson übereinstimmen. In diesem Zusammenhang verlangt das demokratische Prinzip auch Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Ansichten, sofern diese den Rahmen der demokratischen Regeln nicht verlassen.

Weiterführende Literatur:

Samuel Salzborn: *Demokratie. Theorien – Formen – Entwicklungen*. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, Nomos, Baden-Baden 2021.
Karl Mittermaier, Meinhard Mair: *Demokratie. Die Geschichte einer politischen Idee von Platon bis heute*. WBG, Darmstadt 2013.

Infoblatt Demokratie

Demokratie leitet sich von dem altgriechischen Begriff *dēmokratía* ab und bedeutet „Volksherrschaft“. Demokratie ist eine Gesellschaftsform des Zusammenlebens, in der die Teilhabe aller Individuen an der politischen Willensbildung ein zentrales Element darstellt. Die heutige Praxis von Demokratie weist unterschiedliche Formen der Partizipation an gesellschaftspolitischen Prozessen auf. Zentral sind jedoch für alle Demokratien:

- allgemeine, freie und geheime Wahlen,
- die Aufteilung der Staatsgewalt in Regierung, Rechtsprechung und Gesetzgebung,
- die Gewährung der Grundrechte, somit von Menschenrechten.

Darüber hinaus können demokratische Funktionen auch in anderen Bereichen gefordert und gefördert werden. Vor allem im gewerkschaftlichen Kontext sind Teilhabe und Mitbestimmung am Wirtschaftsleben eine Forderung, die in der Geschichte der Gewerkschaften eine wichtige Rolle einnahmen und heute noch lebhaft diskutiert werden. Demokratie bezieht sich hier nicht nur auf die Rechte von Arbeitnehmenden, sondern fordert gleichermaßen die Mitbestimmung an wirtschaftspolitischen Entscheidungen sowie der Organisation von Arbeit in einem Unternehmen oder in der Verwaltung.

Ebenso ist ein zentraler Punkt von Demokratie, dass die Rechte von religiösen, ethnischen oder kulturellen Minderheiten geachtet werden, es also keinen Automatismus gibt, der Mehrheiten gegenüber Minderheiten mehr Rechte und Privilegien einräumt. Dies gilt auch für Einzelpersonen.

Um Demokratie zu gewährleisten, ist es wichtig, persönliche Freiheiten als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu garantieren. Dafür sorgt das Gewaltmonopol des Staates. Dies bedeutet jedoch nicht, dass einzelnen Menschen eine grenzenlose Freiheit ihres Handelns gewährt wird. Da der Aushandlungsprozess für Entscheidungen ein wichtiger Bestandteil von Demokratie ist, müssen auch Kompromisse eingegangen werden, die nicht immer mit den Forderungen der Einzelperson übereinstimmen. In diesem Zusammenhang verlangt das demokratische Prinzip auch Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Ansichten, sofern diese den Rahmen der demokratischen Regeln nicht verlassen.

Weiterführende Literatur:

Samuel Salzborn: *Demokratie. Theorien – Formen – Entwicklungen*. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, Nomos, Baden-Baden 2021.

Karl Mittermaier, Meinhard Mair: *Demokratie. Die Geschichte einer politischen Idee von Platon bis heute*. WBG, Darmstadt 2013.



Luftballonabfrage „Wie viel heiße Luft steckt in der politischen Debatte?“



Anzahl der Teilnehmenden:

Kleine und mittlere Gruppengröße (7 bis 30 Teilnehmende)



Zeit:

ca. 15 bis 20 Minuten



Moderationskompetenz:



Vorkenntnisse der Teilnehmenden:



Ziele:

Die Teilnehmenden:

- nehmen unterschiedliche politische Einstellungen und Haltungen in der Gruppe wahr.
- üben unterschiedliche Meinungen zunächst nur wahrzunehmen, ohne sie zu besprechen.
- machen sich Gedanken über ihre eigene Haltung in politischen Debatten.



Kurzbeschreibung:

Die Methode eignet sich für den thematischen Einstieg und zur Schaffung eines guten Umgangs in der Gruppe. Sie verschafft einen Überblick über verschiedene Meinungen in einer Gruppe. Dabei sollte sie möglichst lustig gestaltet werden, ohne Konflikte zu begünstigen. Zudem sollte sie mit einer Methode kombiniert werden, in der die Auseinandersetzung mit einem politischen Thema möglich ist.

Jede teilnehmende Person bekommt einen nicht aufgeblasenen Luftballon. Die Moderation erläutert, dass es bei dieser Methode keine richtigen oder falschen Antworten gibt, sondern unterschiedliche Meinungen unkommentiert stehen gelassen werden.



Material:

- mindestens ein Luftballon (+ einen als Ersatz) pro teilnehmende Person
- eventuell eine Luftpumpe (wenn Teilnehmende den Ballon nicht aufblasen können)

Ablauf:

Zu Beginn verteilt die Moderation die Luftballons und erläutert dabei, dass es in der Politik häufig sehr wichtige Entscheidungen zu treffen gibt, bisweilen aber auch der Eindruck entsteht, dass eine politische Debatte mehr Aufmerksamkeit erhält, als ihr an Bedeutung zukommt. Umgangssprachlich ausgedrückt: Es steckt heiße Luft drin. Verantwortlich hierfür können Medien oder politische Akteure sein. Gemeinsam versuchen wir herauszufinden, wo überall „heiße Luft“ in einer Debatte steckt.

Nachdem jede Person einen Luftballon erhalten hat, werden verschiedene politische Themenfelder benannt und die Frage gestellt: „Wie viel heiße Luft steckt eurer Meinung nach in dieser Debatte?“ Ein stark aufgeblasener Ballon steht für „viel heiße Luft“ bzw. „heiße Luft“ für eher unnötige Aufregung.

Haben die Teilnehmenden den Luftballon mit entsprechender Menge Luft gefüllt, werden sie hochgehalten, um ein Stimmungsbild zu bekommen.

Als Themen eignen sich zum Beispiel:

- Künstliche Intelligenz und ihre Auswirkungen
- Transformation
- Die Vier-Tage-Woche
- Die Wohnungspolitik
- Inflation
- Der demografische Wandel (älter werdende Gesellschaft)
- Fachkräftemangel
- Klimaproteste
- Klimawandel

Je nach Gruppenzusammensetzung und Moderationskompetenz können mehr oder weniger polarisierende Themen aufgenommen werden. Es geht bei der Übung darum, dass verschiedene Meinungen nebeneinanderstehen gelassen werden können. Themen, bei denen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zum Ausdruck kommen könnte, eignen sich nicht, da sie nicht kommentarlos stehen gelassen werden sollten.

Demokratie-Stammtisch

**Anzahl der Teilnehmenden:**

Kleine Gruppengröße (2 bis 10 Teilnehmende)

**Zeit:**

ca. 30 bis 60 Minuten

**Moderationskompetenz:****Vorkenntnisse der Teilnehmenden:****Ziele:****Die Teilnehmenden:**

- tauschen sich über aktuelle betriebs- und/oder gesellschaftspolitische Themen aus.
- nehmen die Meinungen anderer Kolleg*innen wahr und überdenken ihre eigenen Meinungen.

**Kurzbeschreibung:**

Die Methode eignet sich für Pausen während der Arbeitszeit und damit für die aufsuchende politische Bildungsarbeit in Betrieben, wenn das Einverständnis des Arbeitgebers vorliegt. Alternativ kann sie an anderen Begegnungsorten angewendet werden, wie zum Beispiel in Vereinsheimen oder bei Straßenfesten. Alkohol sollte dabei jedoch nicht getrunken werden.

Die Teilnehmenden bekommen die Möglichkeit, über Themen zu sprechen und sich auszutauschen. Die Wahl des Themas kann vorgegeben werden oder durch die Anwesenden spontan entstehen. Die Moderation sollte auf einen guten Umgang miteinander achten.

**Material:**

- „Stammtisch“-Fähnchen/-Aufsteller
- ggf. Fragestellungen auf Karten
- Verpflegung

Ablauf:

Bevor ein Demokratie-Stammtisch in Betrieben eingerichtet wird, sollte das Einverständnis des Arbeitgebers eingeholt werden. Ist dieser mit dem Vorgehen einverstanden, kann erfragt werden, ob eine Mail an die Beschäftigten versandt werden darf, in der Ort und Zeit des Stammtischs sowie ein Thema angekündigt werden. In der Mail sollte auch der Hinweis enthalten sein, dass es sich um einen kollegialen Austausch handelt, in dessen Rahmen miteinander diskutiert werden soll, Anfeindungen aber keinen Platz finden.

An einem gut erreichbaren Ort wird ein Tisch aufgestellt oder genutzt. Ein Fähnchen oder Aufsteller deutet auf den Stammtisch hin, sodass er gut erkennbar ist. Ein Blatt mit Kommunikationsregeln (ausreden lassen, unterschiedliche Meinungen anerkennen usw.) kann ausgelegt werden.

Sofern das Thema per E-Mail vorgegeben wurde, blieb der Moderation genügend Zeit für die Vorbereitung und sie kann nun das Gespräch eröffnen. Andernfalls sollte zunächst ein gemeinsames Thema gesucht werden. Zur Erleichterung der Ideenfindung kann die Tageszeitung mitgebracht werden. Fragestellungen zum gewählten Thema können auf Karteikarten festgehalten werden.

Wenn die Unterhaltung gut läuft, kann sich die Moderation zurückhalten und ausschließlich darauf achten, dass Kommunikationsregeln eingehalten werden. Von den Teilnehmenden sollte der Stammtisch nicht als eine Art Ansprechtermin für den Betriebsrat oder Ähnliches wahrgenommen werden, sondern stattdessen sollte der Austausch im Vordergrund stehen.

Es bietet sich an, möglichst konkrete Fragestellungen vorzugeben, insbesondere wenn der zeitliche Umfang begrenzt ist. Zum Abschluss bedankt sich die Moderation für das gute Gespräch.

Achtung: Die Methode sollte nur von erfahrenen Moderator*innen durchgeführt werden.

Positionierung „Selbstbestimmung – Mitbestimmung – Fremdbestimmung“



Anzahl der Teilnehmenden:

Kleine und mittlere Gruppengröße (7 bis 20 Teilnehmende)



Zeit:

ca. 40 Minuten



Moderationskompetenz:



Vorkenntnisse der Teilnehmenden:



Ziele:

Die Teilnehmenden:

- machen sich Gedanken darüber, wo in der Gesellschaft sie selbst entscheiden können und wo nicht.
- kommen miteinander in den Austausch darüber, ob sie mit dem Zustand des Selbst-, Mit- oder Fremdbestimmtheits zufrieden sind.
- trainieren das Diskutieren und Finden von gemeinsamen Ergebnissen.



Kurzbeschreibung:

Die Methode eignet sich zum thematischen Einstieg. Sie beschäftigt sich mit der Frage, wo wir Entscheidungen in unserer Gesellschaft selbst treffen können und wo dies nicht der Fall ist. Dabei soll veranschaulicht werden, dass sowohl Möglichkeiten zur Selbst- und Mitbestimmung, aber auch des Fremdbestimmtheits in unserer Gesellschaft anzutreffen sind. In einem zweiten Schritt wird erfragt, ob der erkannte Zustand sinnvoll erscheint oder verändert werden sollte.



Material:

- Raum mit genug Platz zum Positionieren
- Karten mit Beschriftung „Selbstbestimmt“, „Mitbestimmt“ und „Fremdbestimmt“

Ablauf:

Bevor die Methode startet, werden die Karten in einer Linie auf den Boden gelegt. Dabei soll an dem einen Ende die Karte „Selbstbestimmt“ und an dem anderen Ende die Karte „Fremdbestimmt“ liegen. In die Mitte wird die Karte „Mitbestimmt“ gelegt. Bei dieser Gelegenheit kann kurz erläutert werden, was mit den Wörtern gemeint ist. Mitbestimmung kann sich auf den Einflussbereich von Interessensvertretungen beziehen, aber auch bedeuten, dass Bürger*innen auf einen Zustand Einfluss nehmen, ihn aber nicht selbstbestimmt entscheiden können.

Die Teilnehmenden werden nun gebeten, sich entsprechend aufzustellen, wie selbst-, mit- oder fremdbestimmt sie in einer Tätigkeit oder einem gesellschaftlichen Bereich sind. So kann gefragt werden:

- Wie selbst-, mit- oder fremdbestimmt seid ihr in eurem Beruf?
- Wie selbst-, mit- oder fremdbestimmt seid ihr bei der Auswahl eures Mittagessens?
- Wie selbst-, mit- oder fremdbestimmt seid ihr bei der Ausübung eures Lieblingssports?
- Wie selbst-, mit- oder fremdbestimmt seid ihr beim lauten Hören von Musik in eurer Wohnung oder eurem Haus?
- Wie selbst-, mit- oder fremdbestimmt seid ihr im Straßenverkehr?
- Wie selbst-, mit- oder fremdbestimmt seid ihr bei der Auswahl des Fernsehprogramms?

Weitere Fragen können ergänzt werden.

Die Teilnehmenden stellen sich nun nach ihrer Empfindung entlang der Linie mit den Karten auf und die Moderation erfragt, warum sie an dieser Position stehen. Dabei können die Teilnehmenden auch untereinander diskutieren, warum sie an unterschiedlichen Positionen stehen. Zusätzlich kann die Moderation fragen, ob die Teilnehmenden mit der Position zufrieden sind oder nicht.

Die Methode soll aufzeigen, dass wir in unserer Gesellschaft häufig Entscheidungen treffen können oder müssen, die ein Aushandeln mit anderen Menschen erfordern, zum Beispiel im Hinblick auf die Entscheidung für oder gegen einen Zebrastreifen bei unterschiedlichen Interessenslagen von Fußgänger*innen und Autofahrer*innen. In der Diskussion sollten alle Meinungen Gehör finden. Anschließend gilt es einen Konsens dahingehend zu finden, ob der gesellschaftliche Bereich eher als selbst-, mit- oder als fremdbestimmt einzuordnen ist.

Während der Methode sollen demokratischen Spielregeln im Sinne von Diskutieren und Aushandeln von Entscheidungen erfahrbar gemacht werden.



Aktivierende Präsentation „Demokratie in der Wirtschaft. Geht das?“



Anzahl der Teilnehmenden:

Kleine und mittlere Gruppengröße (7 bis 20 Teilnehmende)



Zeit:

ca. 180 Minuten



Moderationskompetenz:



Vorkenntnisse der Teilnehmenden:



Ziele:

Die Teilnehmenden:

- überlegen, wo ihnen demokratische Prozesse im eigenen Arbeitsleben und in der Wirtschaft begegnen.
- lernen das Konzept der Wirtschaftsdemokratie und die darauf bezogenen gewerkschaftlichen Diskussionen in Geschichte und Gegenwart kennenlernen.
- diskutieren demokratische Wirtschaftssysteme als mögliche Zukunftsmodelle.



Kurzbeschreibung:

Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie ist eng mit gewerkschaftlichem Handeln verbunden. In der Übung sollen sich die Teilnehmenden darüber ein Bild machen, was Wirtschaftsdemokratie bedeutet, wie sie gelebt werden könnte und wo Aspekte davon vielleicht schon in ihrem beruflichen Alltag eine Rolle spielen. Es geht hierbei zunächst darum, die Teilnehmenden aktiv über das Thema nachdenken zu lassen und in einen gemeinsamen Austausch zu treten. Die Gedanken können einen utopischen Charakter besitzen, also einen Idealzustand beschreiben. Um für die Teilnehmenden das Thema greifbarer zu machen, wird im Rahmen dieser Übung Wirtschaftsdemokratie auf den Betrieb bzw. die Verwaltung bezogen gedacht. Im Anschluss werden die Teilnehmenden größere Zusammenhänge erkennen und zu einer gemeinsamen Diskussion angeregt.

Die Teilnehmenden benötigen ein gewisses Maß an Vorwissen zu wirtschaftlichen Zusammenhängen und Grundlagen der Mitbestimmung, welches sie zum Beispiel durch ihre gewerkschaftliche Arbeit erworben haben.



Material:

- Wenn möglich mehrere Räume, zumindest ausreichend Platz für drei Stationen
- Moderationswände, Karten und Moderationskoffer
- Beamer und Laptop



Ablauf:

Zu Beginn der Methode sollte die Moderation die Teilnehmenden fragen, ob sie den Begriff Wirtschaftsdemokratie schon gehört haben und was sie damit verbinden. Sollte keine Antwort erfolgen, kann nachgefragt werden, was sie sich darunter vorstellen. Dies kann auch kurz diskutiert werden. Die Moderation kann hierbei Ergänzungen einbringen und kurz auf die gewerkschaftliche Geschichte des Konzepts eingehen.

Im Anschluss umreißt die Moderation das weitere Vorgehen, um sich dem Konzept der Wirtschaftsdemokratie inhaltlich zu nähern: In einem ersten Schritt werden die Teilnehmenden eingeladen, ihren eigenen Arbeitsalltag zu reflektieren und darüber nachzudenken, wo sie demokratische Elemente in ihrer Arbeit sehen bzw. sich wünschen. Die Teilnehmenden können motiviert werden, kreativ nachzudenken, auch wenn ihnen ein Gedanke oder eine Idee erst einmal unrealistisch erscheint.

Dieser erste Schritt findet als Austausch in Kleingruppen von drei bis vier Personen statt. Die Teilnehmenden sollen sich auf Karten notieren, was ihnen zu folgenden Fragen einfällt:

1. Welche demokratischen Möglichkeiten habt ihr in eurem beruflichen Arbeitsalltag?
2. Welche demokratischen Möglichkeiten würdet ihr euch wünschen?
3. Hättet ihr eine Idee, wie demokratische Abläufe in eurem Arbeitsalltag umgesetzt werden könnten?

Die Fragen werden auf drei Moderationswände (je eine Frage pro Wand) geschrieben und im Raum platziert. Die Teilnehmenden sollen diese Frage nacheinander diskutieren und auf Karten ihre Ergebnisse festhalten. Hierzu haben sie 20 Minuten Zeit. Es reicht aus, Stichpunkte zu notieren. Sind die Fragen genügend diskutiert, pinnen die Kleingruppen die Karten an die jeweilige Moderationswand.

Die Moderation fordert die gesamte Gruppe auf, sich die Ergebnisse anzuschauen und moderiert die Gespräche. So können interessante Erfahrungen geteilt und bereits vorhandene demokratische Möglichkeiten in einem Arbeitsumfeld ausgiebiger erläutert werden. Dabei sollte, wie bereits in den Kleingruppen, die erste Frage zuerst und die dritte Frage zuletzt besprochen werden.

Ist diese Diskussion beendet, kann die Moderation mit dem Vortrag „Wirtschaftsdemokratie in Geschichte und Gegenwart“ beginnen. Die Folien wie auch die Erklärung dazu findet ihr unter www.dgb-bildungsschwerpunkt.de. Der Vortrag sollte durch Fragen unterbrochen werden. Vor allem bei Folien, die Ereignisse aus der jüngeren Vergangenheit behandeln, kann gefragt werden, ob die Teilnehmenden davon gehört haben oder nicht. Eine dialogische Form lockert den Vortrag auf und ermöglicht mitunter sogar eine lebhaftere Diskussion. Es empfiehlt sich zudem, Verständnisfragen sofort anhand einer Folie zu klären.

Der Vortrag endet mit zwei Fragen, die je nach Konzeption der Moderation benutzt werden können oder nicht. Die Fragen sollen die Teilnehmenden aktivieren, über Wirtschaftsdemokratie und die Frage nachzudenken, wie mehr Mitbestimmung in der Arbeitswelt realisiert werden könnte.

Planspiel „UN-Klimakonferenz“



Anzahl der Teilnehmenden:

Mittlere Gruppengröße (10 bis 20 Teilnehmende)



Zeit:

300 Minuten (ohne Pausen)



Moderationskompetenz:



Vorkenntnisse der Teilnehmenden:



Ziele:

Die Teilnehmenden:

- erhalten Kenntnisse über die Verhandlungen zu einem globalen Klimaabkommen.
- lernen verschiedene klimapolitischen Positionen und Ziele kennen.
- erkennen die Herausforderungen beim Erzielen eines gemeinsamen Abkommens.



Kurzbeschreibung:

Anders als bei bestehenden Planspielen zur UN-Klimakonferenz, ist dieses sehr kompakt gehalten, damit die Methode in maximal fünf Stunden umgesetzt werden kann. Voraussetzung ist, dass alle Teilnehmenden gut lesen können.

Die Methode hat zum Ziel, den Teilnehmenden die verschiedenen Ebenen vorzustellen, die ein Diskussionsprozess für ein globales Abkommen zum Klimaschutz umfasst. Es werden verschiedene Faktoren vorgestellt, die für die politischen Diskussionsparteien relevant sind. Um das Abkommen zu simulieren, begeben sich die Teilnehmenden in Kleingruppen und nehmen jeweils die Rolle einer der fünf Parteien ein. Die Moderation übernimmt die Rolle der UN, um die Rahmenbedingungen sicherzustellen. Nach mehreren Verhandlungsrunden und Debatten im Plenum kann ein gemeinsames Abkommen entstehen.



Material:

- Moderationskoffer
- Moderationswände, Flipcharts
- Laptop und Beamer
- ggf. Drucker
- Orte, an die sich die Kleingruppen zurückziehen können, um in Ruhe zu diskutieren
- genügend Vorlagen für Verhandlungsprotokolle
- ausreichend gedruckte Rollenbeschreibungen und Begriffserläuterungen

Ablauf:

Die Methode sollte erst durchgeführt werden, wenn sich die Gruppe näher kennt und die Moderation einschätzen kann, ob Teilnehmende eher kommunikationsfreudig oder eher stiller sind. Davon ist die Zusammensetzung der Kleingruppen abhängig. Die Einteilung sollte berücksichtigen, dass die Gruppen diesbezüglich ausgeglichen sind. Es empfiehlt sich, dass mindestens zwei Moderierende das Planspiel anleiten.

Für die Methode müssen fünf Gruppen gebildet werden:

- die USA
- die EU
- die BASIC (Brasilien, Indien, China und Südafrika)
- die AOSIS (Alliance of Small Island States)
- eine NGO (Nichtregierungsorganisation)

Die Moderation übernimmt das Generalsekretariat der UNFCCC. Ihre Aufgabe besteht darin, zu gewährleisten, dass die Konferenz reibungslos abläuft. Hierzu muss sie gute Rahmenbedingungen für das Zustandekommen einer Abschlussvereinbarung herstellen. Dabei darf das Generalsekretariat keine Position beziehen, sondern soll die Teilnehmenden motivieren, miteinander zu verhandeln. Aufgabe der Moderation ist es auch, die Verhandlungen zu protokollieren.

Eine gewisse Sonderrolle im Spiel nimmt die Nichtregierungsorganisation (NGO) ein. Sie ist nicht stimmberechtigt, besitzt aber die Möglichkeit, an Verhandlungen teilzunehmen bzw. mit den Verhandlungsparteien zu reden. Alle vier anderen Gruppen haben ein Interesse daran, positiv von der NGO wahrgenommen zu werden – aus unterschiedlichen Gründen: etwa um das internationale Image zu verbessern (besonders bei eher autoritären Staaten) oder um innenpolitisch mehr Zustimmung für die eigene Politik zu erhalten (vor allem in demokratischen Staaten). Die NGO kann Positionen der anderen Gruppen unterstützen bzw. auch kritisieren. Dies darf während der Konferenz formuliert werden.

Die genaue Beschreibung der Verhandlungsparteien findet ihr in den Rollenbeschreibungen.

Phase 1: Einteilen der Gruppen und Beziehen von ersten Positionen (60 Minuten)

Zu Beginn stellt die Moderation den Ablauf des gesamten Planspiels in all seinen Phasen vor. Dann werden die Parteien vorgestellt und die Gruppen eingeteilt. Die Hintergrundinformationen und Rollenbeschreibungen werden an die Kleingruppen verteilt. Diese haben anschließend 45 Minuten Zeit, sich in die Thematik einzulesen und hineinzusetzen. Ziel in dieser Phase ist die Formulierung einer ersten Position für die Eröffnung der Klimakonferenz. Den Gruppen wird mitgeteilt, dass sie, wenn gewünscht, eine kurze Antrittsrede von drei Minuten verfassen können. Je transparenter die Parteien hier vorgehen, desto mehr Anknüpfungspunkte gibt es, um schnell miteinander ins Gespräch zu kommen.

Phase 2: Auftaktveranstaltung (20 Minuten)

Nun kommen alle Gruppen wieder im Plenum zusammen und die Moderation eröffnet die Konferenz. Jede Partei hat die Möglichkeit, eine Antrittsrede von maximal drei Minuten zu halten, in der den anderen Parteien die Forderungen und Ziele erklärt werden.

Phase 3: Erste Verhandlungsphase (20 Minuten)

In dieser Phase führen die einzelnen Akteur*innen Verhandlungen mit dem Ziel, Beschlüsse zu fassen, die in das Abschlussdokument einfließen sollen. Die Verhandlungen können in anderen Räumen geführt werden. Hierzu können sich zwei bis maximal drei Gruppen zusammenfinden. Sie haben maximal fünf Minuten je Verhandlung und können anschließend mit einer anderen Gruppe verhandeln. Eine Gruppe kann also mit bis zu vier anderen Gruppen verhandeln.

Die Parteien sollen motiviert werden, miteinander zu reden. Es ist die Rolle der Moderation, den Rahmen für die Verhandlungen zu gestalten. Dabei darf die Zeit nicht aus den Augen verloren werden.

Ergebnisse jeder Verhandlung müssen in den dafür vorgesehenen Verhandlungsprotokollen festgehalten werden.

Das Generalsekretariat vergibt „Beschlussnummern“, die fortlaufend gelten. Die Verhandlungsergebnisse werden von der Spielleitung protokolliert, um auf der nächsten Zwischen- oder der Abschlusskonferenz diskutiert werden zu können. Vor der Konferenz wird dieses Protokoll nachvollziehbar ausgehängt oder direkt an die Wand projiziert.

Phase 4: Zwischenkonferenz (30 Minuten)

Die Zwischenkonferenzen haben eine feste Dauer von 30 Minuten und müssen dann beendet werden. Das vorläufige Konferenzprotokoll wird jeder Ländergruppe als Tischvorlage vor jeder Zwischenkonferenz ausgedruckt oder an die Wand projiziert. Und die Verhandlungsergebnisse werden nach der Nummerierung vorgestellt. Nach jedem Beschluss können die Parteien, auch die NGO, ein Statement dazu abgeben. Im Anschluss besteht die Möglichkeit, alle bisherigen Beschlüsse zu diskutieren und Änderungsanträge zu stellen. Ein Konsens muss in diesem Fall noch nicht erzielt werden. Ist die Unterredung beendet, wird mit den derzeitigen Beschlüssen bzw. Änderungsanträgen weiter untereinander verhandelt.

Phase 5: Zweite Verhandlungsphase (20 Minuten)

Die Regeln der zweiten Verhandlungsphase sind genau wie in Phase 3. Der einzige Unterschied besteht darin, dass nun die Grundlage Beschlüsse und Änderungsanträge sind, die weiter diskutiert werden.

Phase 6: Zweite Zwischenkonferenz (30 Minuten)

Wie in der Phase 4 wird die Zeit auf 30 Minuten begrenzt. Der formale Ablauf ist identisch.

Phase 7: Dritte Verhandlungsphase (20 Minuten)

Die dritte Verhandlungsphase ist im Ablauf gleich der Phase 3 und 5. Den Parteien sollte aber bewusst sein, dass es die letzte Verhandlungsphase ist.

Phase 8: Abschlusskonferenz (60 Minuten)

Aus allen Anträgen und Beschlüssen soll nun ein Abschlussprotokoll entstehen, dem im besten Fall alle Parteien zustimmen. Das Generalsekretariat fasst nun die einzelnen Punkte zusammen und die Parteien gehen Absatz für Absatz das Protokoll durch. Ist ein Absatz ungenügend für eine Verhandlungspartei, kann darüber diskutiert werden bzw. ein Änderungsantrag gestellt werden. Die Abstimmung darüber findet nun in der großen Gruppe, ohne die Gruppe NGO, statt. Die Gruppe der NGO sollte aber eine kurze Stellungnahme abgeben. Wenn alle strittigen Punkte geklärt sind, ist die Klimakonferenz beendet. Im Idealfall gibt es ein Ergebnis. Sollte das nicht der Fall sein, kann im Nachgang erörtert werden, warum dies der Fall ist. Die Zeitvorgabe für die Abschlusskonferenz muss aber eingehalten werden.

Auswertungsrunde (40 Minuten)

Nach dem Planspiel sollten die Teilnehmenden die Möglichkeit erhalten, über ihre in der jeweiligen Rolle gemachten Erfahrungen zu sprechen. Dies gilt erst recht, wenn kein Abschlussprotokoll existiert. Wenn von den Teilnehmenden angemerkt wird, dass die Zeit nicht ausgereicht hätte, kann dies zum Anlass genommen werden, die Umstände in der politischen Realität zu besprechen.

Rollenbeschreibung: Generalsekretariat/Spielleitung

Die Spielleitung wird von der Moderation übernommen. Das Generalsekretariat moderiert die Konferenz, kündigt am Anfang der Konferenzen die jeweiligen Regeln und die Dauer der Konferenz an und moderiert die Diskussion auf Grundlage einer Redner*innenliste. Gleichzeitig soll das Generalsekretariat die Gespräche unter den Parteien protokollieren. Es reicht aus, zentrale Punkte aufzuschreiben. Während der Konferenz werden diese Ergebnisse anhand eines Projektors den anderen Parteien gezeigt. Wenn möglich, werden die bisherigen Ergebnisse für jedes Team ausgedruckt.

In dieser Rolle seid ihr zwar neutral, aber ihr solltet für die anderen Teilnehmenden möglichst gute und ergebnisfördernde Rahmenbedingungen herstellen. Euer Ziel ist es, dass die Konferenz zu einem Abschluss kommt, weshalb ihr dafür sorgen solltet, dass die Verhandlungen nicht stocken, sondern bis zu einem Ergebnis weitergeführt werden. Hier gilt es kreativ zu sein und, sofern notwendig, sich immer wieder eine Kompromissbereitschaft von den Teilnehmenden zu wünschen.

Sind Verhandlungen festgefahren, vielleicht auch aus Trotz einzelner Teilnehmenden, sollte man sensibel vorgehen und sie motivieren, Kompromisse zu schließen. Zum Beispiel kann an die weltweite Aufmerksamkeit erinnert werden, oder daran, dass ein Klimaabkommen notwendig ist, um Klimakatastrophen vorzubeugen.



Rollenbeschreibung: USA

Die Bevölkerung ist in der Frage nach Klimaschutz geteilter Meinung. Es gibt in der US-amerikanischen Gesellschaft Zuspruch, mit der Weltgemeinschaft zu einem Kompromiss zu kommen. Dies kann auch bedeuten, dass die USA in ihrem Konsumverhalten und ihrer wirtschaftlichen Stärke Einbußen in Kauf nehmen. Ein anderer Teil der Gesellschaft sieht die wirtschaftlichen Einschränkungen als Gefahr und argwöhnt, dass Jobs und damit auch Lebensqualität verloren gehen. Beide Positionen können nicht konkret auf politische Parteien angewandt werden. Sie sind in allen Schichten und Milieus vertreten. Daher sollte nicht nur ein Meinungsbild vertreten werden.

Ziele	No-Gos
Förderung von erneuerbaren Energien und klimafreundlicher Forschung. Erweiterung des Technologietransfers zwischen den Staaten.	Die USA müssen mehr Verpflichtungen zum Abbau von klimaschädlichen Produktionsweisen als die BASIC bzw. die EU eingehen.
Vereinbarung kollektiver Reduktionsziele zum Erreichen einer verbindlichen globalen Klimaneutralität im Jahr 2050. Besonders die BASIC-Staaten, aber auch die EU sollen hier gleichermaßen in die Pflicht genommen werden.	Keine Zusagen über die Aufnahme von geflüchteten Menschen oder eine Erweiterung der Flüchtlingskonvention um die Kategorie „Geflüchtete aufgrund von Klimakatastrophen“
Kollektive Vereinbarung zu einem Klima-Anpassungsfonds. In diesen sollen vor allem die EU- und die BASIC-Staaten proportional gleichmäßig zu den USA einzahlen.	Aufhebung des Patentrechts, um Technologie weltweit herzustellen und zu vermarkten
Den USA ist aus Imagegründen daran gelegen, positive Statements seitens der AOSIS und der NGOs in der Öffentlichkeit zu erhalten. Dafür würden sie aber keine Position aufgeben.	

Situation:

Die Bevölkerung der USA ist politisch gespalten und das macht sich auch in den Einstellungen zur Bekämpfung der Klimakrise bemerkbar. Auch wenn ihr als Regierung den Klimawandel und eine dringende Handlungsnotwendigkeit anerkennt, seid ihr bei Budgetfragen auf Kompromisse mit der Opposition angewiesen, die im Sinne der US-Wirtschaft agiert und dabei teilweise auch den menschengemachten Klimawandel leugnet. Sowohl Anhänger*innen der Regierung als auch der Opposition wollen zuerst eine gesunde amerikanische Wirtschaft, um ihre Lebensgrundlage zu sichern. Diese Haltung beeinflusst auch euer Handeln, da öffentlich die Nachteile für die US-Gesellschaft und US-Wirtschaft kritisiert werden. Die USA dürfen zwar Probleme anderer Staaten oder Regionen lösen, jedoch nur, wenn sich dies nicht destabilisierend auf die Innenpolitik auswirkt.

Gleichzeitig sind die USA selbst immer mehr von Auswirkungen und Folgen der Klimakrise betroffen. Extremwetterereignisse wie Hurrikans und Tornados nehmen an Zahl und Heftigkeit zu und verursachen von Jahr zu Jahr höhere materielle Schäden und fordern menschliche Opfer. Vor allem die bevölkerungsreiche Ostküste wie auch die Bundesstaaten am Golf von Mexiko haben jährlich mit Umweltkatastrophen zu kämpfen. Die ansteigende Meerestemperatur in diesen Regionen lässt kein Abflauen in Zukunft erwarten.

Daher wird auch aus der eigenen Bevölkerung heraus der Druck zum Handeln stärker. Ihr unterstützt das Ziel, die Erderwärmung auf einen Anstieg von 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und möchtet euch auch dazu verpflichten, bis 2050 klimaneutral zu werden. Das Gleiche erwartet ihr auch von allen anderen Staaten.

Insgesamt setzt ihr auf technische Innovation und Forschung, um der Klimakrise entgegenzuwirken. Seit der Rückkehr zum Pariser Abkommen in Jahr 2021 habt ihr euch wieder dazu verpflichtet, Technologien zur Minderung von Treibhausgasen anderen Staaten zu übergeben. Insbesondere wurde die Förderung von sauberen Technologien und nachhaltigen Entwicklungspraktiken in Entwicklungsländern betont. Diese Unterstützung kann in Form von finanziellen Ressourcen, technischer Zusammenarbeit und des Austauschs von Kenntnissen und Fähigkeiten erfolgen. Eine Freigabe eurer Patente lehnt ihr jedoch ab.

In der Absicht, einen konstruktiven Beitrag zu leisten, erscheint euch auch die Bereitstellung von Finanzmitteln für einen Klimaausgleichsfond akzeptabel – vor allem, um arme Entwicklungsländer damit zu unterstützen. Die finanzielle Kompensation von Schäden des Klimawandels kann aus eurer Sicht jedoch nur im Rahmen gleichwertiger internationaler Zusammenarbeit geschehen. Diese soll gerecht zwischen der EU, den BASIC-Staaten und den USA aufgeteilt werden.

Gerade in den BASIC-Staaten seht ihr eine wachsende wirtschaftliche und geopolitische Konkurrenz. Ihre zunehmende wirtschaftliche Einflussnahme auf die AOSIS-Staaten seht ihr skeptisch.

Ein großes Thema in den USA ist die Zuwanderung. Ihr habt ein gut funktionierendes Programm, das die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte regelt. Was ihr jedoch auf keinen Fall zulassen werdet, sind verbindliche Verpflichtungen, um „Geflüchtete aufgrund von Klimakatastrophen“ aufzunehmen.

Auswirkungen durch den Klimawandel:

- Der Klimawandel führt zu einer Zunahme von extremen Wetterereignissen wie Hitzewellen, Stürmen, Dürren und Überschwemmungen. Diese Ereignisse können zu erheblichen Schäden an Infrastruktur, Wohngebieten, Landwirtschaft und Wirtschaft führen. Zudem besteht ein erhöhtes Risiko für Verletzungen, Todesfälle und humanitäre Krisen.
- Der Anstieg des Meeresspiegels bedroht Küstenregionen in den USA, einschließlich dicht besiedelter Gebiete wie Florida, New York und Kalifornien. Dies kann zu Überflutungen von Küstengebieten, Erosion der Küstenlinie, Versalzung von Grundwasser und Verlust von Lebensräumen für Pflanzen und Tiere führen. Zudem steigt das Risiko von Sturmfluten bei tropischen Wirbelstürmen.
- Der Klimawandel beeinflusst die Wasserverfügbarkeit in den USA. Regionen, die bereits von Wasserknappheit betroffen sind, wie der Südwesten, könnten mit noch größeren Herausforderungen konfrontiert werden. Dürren und veränderte Niederschlagsmuster können die Landwirtschaft, die Wasserversorgung für städtische Gebiete und die Ökosysteme beeinträchtigen.
- Der Klimawandel hat direkte Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen. Hitzewellen können zu Hitzschlägen und anderen hitzebedingten Erkrankungen führen. Eine zunehmende Verbreitung von Infektionskrankheiten, wie beispielsweise durch Insekten übertragene Krankheiten (z. B. Lyme-Borreliose und Dengue-Fieber), wird ebenfalls als Folge des Klimawandels erwartet.
- Der Klimawandel wirkt sich auf die landwirtschaftliche Produktivität in den USA aus. Veränderte Niederschlagsmuster, Hitzewellen und längere Trockenperioden können Ernteerträge verringern und zu Verlusten in der Landwirtschaft führen. Dies hat Auswirkungen auf die Nahrungsmittelsicherheit, die Lebensmittelindustrie und den ländlichen Raum.

Rollenbeschreibung: Europäische Union

Der Ausbau der regenerativen Energiegewinnung lahm an den natürlichen Gegebenheiten und widerstreitenden Interessen innerhalb der Europäischen Union (EU). Die EU muss bei den Verhandlungen bedenken, dass eine Entscheidung noch von den Mitgliedsstaaten einstimmig verabschiedet werden muss.

Ziele	No-Gos
Entwicklungsländer/BASIC-Staaten /USA sollen sich angemessene Reduktionsziele setzen, die bis 2050 zu Klimaneutralität führen.	Aufhebung des Patentrechts, um Technologie weltweit herzustellen und zu vermarkten
Die EU setzt sich für mehr Austausch in Forschung und Entwicklung von klimafreundlichen Technologien ein.	Klimaschutzabkommen ohne Reduktionsziele von USA und China
Ernährungssicherheit/Subventionen: Der Abbau von Subventionen für die Wirtschaft darf nicht die Landwirtschaft direkt betreffen. Die EU möchte verhindern, dass der Abbau von Subventionen die direkten Subventionen an landwirtschaftliche Betriebe einschränkt.	Zusage zur pauschalen Aufnahme von Geflüchteten aufgrund von Klimakatastrophen
Eine Zuwanderung von geflüchteten Menschen aufgrund des Klimawandels ist verhandelbar, wenn es sich um gut ausgebildete Fachkräfte handelt.	
Die EU unterstützt einen Klima-Anpassungsfonds und ist auch bereit, Zusagen zu höheren Zahlungen zu machen, um damit ärmeren Staaten „entgegenzukommen“.	

Situation:

Neben vielen gemeinsamen Positionen gibt es auch einige unterschiedliche Haltungen bezüglich einer künftigen Klimapolitik: Einige EU-Mitgliedsstaaten unterstützen vergleichsweise ehrgeizige Klimaziele und streben eine schnellere und umfassendere Reduzierung von Treibhausgasemissionen an. Diese Länder drängen auf eine Führungsrolle der EU bei der weltweiten Bekämpfung des Klimawandels und setzen sich für eine schnelle Umstellung auf erneuerbare Energien und eine kohlenstoffarme Wirtschaft ein. Andere Mitgliedsstaaten befürworten einen ausgewogenen Ansatz, der wirtschaftliche Interessen und Klimaschutz in Einklang bringen soll.

Infolgedessen ist die Frage der Kosten- und Lastenverteilung ein wesentlicher Streitpunkt in der EU-Klimapolitik. Einige Länder argumentieren, dass wohlhabendere Staaten und Industrienationen größere finanzielle Verantwortung übernehmen sollten, um ärmeren Ländern bei der Anpassung an den Klimawandel und der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zu helfen. Und es gibt Mitgliedsstaaten, die eine faire Verteilung der Kosten und Lasten betonen, wobei auch die nationale wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden sollte.

Insgesamt ist die EU jedoch bemüht, nach außen möglichst gemeinsam aufzutreten und sich in der Öffentlichkeit als Befürworter des Klimaschutzes zu präsentieren:

Die EU hat sich das Ziel gesetzt, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und sich dafür einzusetzen, eine Begrenzung auf 1,5 Grad Celsius zu erreichen.

Die EU unterstützt das Pariser Abkommen als grundlegendes internationales Rahmenwerk für den Klimaschutz.

Die EU setzt sich für eine umfassende Reduzierung der Treibhausgasemissionen ein. Sie hat sich das Ziel gesetzt, bis 2030 ihre eigenen Emissionen um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 zu reduzieren. Die EU unterstützt auch das Ziel der Klimaneutralität bis 2050.

Zudem unterstützt sie die Bereitstellung von Klimafinanzierung für Entwicklungsländer, um sie bei der Anpassung an den Klimawandel und bei Maßnahmen zur Minderung von Emissionen zu unterstützen. Die EU hat sich verpflichtet, einen fairen Anteil an der internationalen Klimafinanzierung bereitzustellen und arbeitet an der Mobilisierung von privaten Finanzmitteln für klimafreundliche Investitionen.

Auch die Entwicklung sowie der Transfer von klimafreundlichen Technologien, insbesondere an Entwicklungsländer, werden von der EU gefördert. Sie setzt sich für den internationalen Austausch von Technologie, Fachwissen und bewährten Praktiken ein, um den globalen Klimaschutz zu unterstützen. Eine Aufhebung des Patentschutzes lehnt die EU aber ab.

Das Thema „Geflüchtete aufgrund von Klimakatastrophen“ ist wie das Thema Zuwanderung generell in der Mehrzahl der EU-Staaten ein sensibles Thema, das in einigen Ländern zu einem verstärkten Zuspruch für Parteien führt, die Zuwanderung begrenzen wollen. Die Frage der Zuwanderung muss jedoch auch vor dem Hintergrund der alternden Bevölkerung Europas und der dem europäischen Sozialsystem zugrunde liegenden gesellschaftlichen Geschlossenheit gesehen werden.

In Bezug auf eure Ernährungssicherheit seid ihr nach wie vor auf der sicheren Seite. Während an anderen Orten Hungersnöte an der Tagesordnung sind, leben die Menschen in der EU weiterhin relativ verschwenderisch. Jedoch bekommen in der letzten Zeit besonders die sozial schwächeren Schichten die steigenden Nahrungsmittelpreise zu spüren. Um gesellschaftlichen Aufruhr zu vermeiden und die Bauernlobby zufriedenzustellen, erhöht ihr eure Agrarsubventionen anstatt sie, wie von den Entwicklungsländern gefordert wird, zu senken. Um zeitgleich euren guten Willen zu demonstrieren, setzt ihr euch jedoch für verbindliche Regelungen bei außerstaatlicher Landwirtschaft ein (Vorbeugung von Land-Grabbing).

Staaten mit Meerzugang haben zunehmend Probleme mit dem erhöhten Meeresspiegel. Dazu kommt, dass in der Mittelmeerregion Hitzeperioden länger andauern und Stürme vermehrt auftreten, die die Lebensräume und Landwirtschaft wie auch Wirtschaft bedrohen. Einige Staaten sehen deshalb einen schnellen Handlungsbedarf, um global zu einer Lösung zu kommen.

Wichtigste Auswirkungen des Klimawandels und deren Folgen:

- Temperaturanstieg: Die Durchschnittstemperaturen in der EU sind gestiegen, was zu häufigeren und intensiveren Hitzewellen führt.
- Folgen: Hitzestress und hitzebedingte Gesundheitsprobleme nehmen zu. Die Landwirtschaft steht vor Herausforderungen durch Ernteausfälle und geringere Erträge. Die Energie-Nachfrage für Kühlung steigt, was das Stromnetz belastet.
- Veränderung der Niederschlagsmuster: Einige Regionen erleben zunehmend Dürren und Trockenperioden, während andere mit heftigeren Niederschlägen und Überschwemmungen zu kämpfen haben.
- Folgen: Landwirtschaftliche Produktivität wird beeinträchtigt, Wasserknappheit wird zur Herausforderung und Überschwemmungen führen zu Schäden an Infrastrukturen und Eigentum.
- Meeresniveauanstieg: Der Meeresspiegel steigt aufgrund der Abschmelzung von Gletschern und Eismassen sowie durch die wärmebedingte Ausdehnung des Wassers an.
- Folgen: Küstengebiete sind zunehmend von Überschwemmungen und Erosion betroffen, wodurch Infrastrukturen, Städte und Ökosysteme in Gefahr geraten. Der Druck auf die Wasserversorgung und die Süßwasserreserven in Küstennähe nimmt zu.
- Gesundheitsrisiken: Hitzewellen, veränderte Verteilung von Krankheitserregern und Luftverschmutzung sind Folgen des Klimawandels, die die Gesundheit der Menschen beeinträchtigen.
- Folgen: Zunahme hitzebedingter Gesundheitsprobleme, Ausbreitung von klimabedingten Krankheiten wie Dengue-Fieber, West-Nil-Fieber und Lyme-Borreliose.

Rollenbeschreibung: BASIC-Staaten

Die BASIC-Staaten sind ein Bündnis aus Brasilien, China, Indien und Südafrika, die seit 2009 gemeinsam auf den Klimakonferenzen auftreten und gemeinsame Positionen vertreten. Ihr Zusammenschluss geschah in der Absicht, die Dominanz der USA sowie der EU mit der Etablierung eines Gegengewichts zu verringern und andere Sichtweisen in die Verhandlungen einzubringen.

Ziele	No-Gos
Einführung eines Klima-Anpassungsfonds, in den alle Staaten einzahlen. Die reichen Industrienationen sollen aufgrund ihrer Verantwortung mehr einzahlen.	Die EU und die USA erhalten die gleichen Reduktionsziele wie die anderen Staaten.
Um die eigene Ernährungssicherheit auf Dauer zu sichern, soll die Praxis des „Land-Grabbing“ beibehalten werden.	Kein Abkommen soll erzielt werden, in dem die Finanzierung der Klimaziele gleichermaßen verteilt werden.
Öffnung des Patentrechts beim Transfer klimaschonender Technologien	
Deutlich langsamere Reduktion der Treibhausgase für BASIC und AOSIS als für USA und EU. Klimaneutralität auch für BASIC ja, aber nicht bereits 2050	
AOSIS und NGO sollen euch als Vertreter von armen Staaten wahrnehmen.	

Situation:

Die von China initiierten BASIC-Staaten treten seit 2009 als gemeinsame Staatengruppe bei Verhandlungen auf. Sie sehen sich dabei nicht als klassische Industriestaaten, sondern als „Neulinge“, die mittlerweile eine industrielle Wirtschaft haben, welche der von EU und USA ebenbürtig ist.

Die BASIC betonen, dass im Prinzip alle Staaten auf der Welt eine Verantwortung für den Klimaschutz tragen. Sie unterscheiden jedoch hierbei: Aufgrund ihrer historischen Verantwortung und ihrer höheren Lebensstandards sollen die USA und die EU mehr Verantwortung übernehmen und dementsprechend mehr Mittel einsetzen. Aus ihrer Perspektive begann in diesen Regionen das Industriezeitalter und somit auch die Umweltzerstörung. Dies bedeutet, dass die EU und die USA einen höheren Emissionswert als Entwicklungs- und Schwellenländer einsparen sollen.

Die BASIC-Staaten fordern finanzielle und technologische Unterstützung von Industrieländern, um ihre Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen umzusetzen. Sie argumentieren auch hier mit der historischen Verantwortung und den finanziellen sowie wirtschaftlichen Ressourcen, die vor allem in der EU und in den USA vorhanden sind.

Die BASIC-Staaten heben die Bedeutung des wirtschaftlichen Wachstums und der Armutsbekämpfung in ihren Ländern hervor. Die Verminderung von Emissionswerten darf nicht das wirtschaftliche Wachstum bremsen. Sie fordern daher flexiblere Verpflichtungen und Mechanismen, die es ihnen ermöglichen, ihre Wirtschaft weiter auszubauen, während sie gleichzeitig den Klimaschutz vorantreiben.

Die BASIC-Staaten legen Wert auf den Aufbau von technologischen Kapazitäten in ihren Ländern, um klimafreundliche Technologien selbst zu entwickeln und anzuwenden. Sie fordern den Technologietransfer von Industrieländern, um den Entwicklungs- und Schwellenländern bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zu helfen. Dabei sollen auch Patente weltweit gelten.

Die BASIC-Staaten weisen auf die enge Verbindung zwischen Klimawandel und Entwicklung hin. Sie argumentieren, dass der Klimawandel die Entwicklungsbemühungen ihrer Länder behindert und dass die internationale Gemeinschaft dies berücksichtigen und angemessene Unterstützung bieten sollte.

Wichtig für die öffentliche Wahrnehmung der BASIC-Staaten ist, dass ihr auch für kleinere und ärmere Staaten als Stimme auftritt. Allerdings macht ihr das nicht ohne Eigennutz. So haben zum Beispiel einige Inseln der AOSIS bedeutende Mineralienvorkommen, an deren Ausbeutung euch gelegen ist. Besonders China hat zudem am Erwerb landwirtschaftlich nutzbarer Flächen auf dem Territorium einiger AOSIS-Staaten ein Interesse.

In unterschiedlichem Ausmaß sind die BASIC-Staaten momentan vom Klimawandel betroffen. In allen Staaten nimmt jedoch das ökologische Bewusstsein zu und es werden mehr Aktivitäten von den jeweiligen Regierungen erwartet.

Auswirkungen durch den Klimawandel:

Da die BASIC-Staaten auf vier verschiedene Kontinente verteilt sind, gibt es einige regionale Unterschiede, was die Auswirkungen des Klimawandels betrifft. Allerdings gibt es auch einige gemeinsame Folgen zu tragen:

- Alle BASIC-Staaten erleben einen Anstieg der Durchschnittstemperaturen, was mit einer Zunahme von Hitzewellen und einer Steigerung der Hitzebelastung einhergeht. Dies hat in jeweils unterschiedlicher regionaler Ausprägung Gesundheitsprobleme, Ernteauffälle, Wasserknappheit und Beeinträchtigungen der Ökosysteme zur Folge.
- Der Klimawandel führt zu einer Veränderung der Niederschlagsmuster in den BASIC-Staaten, wodurch Wasserknappheit und Dürreperioden häufiger auftreten. Dies hat Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion, die Wasserversorgung und die Ökosysteme.
- Besonders in China, Indien und Brasilien sind einige Regionen mit intensiveren Starkregenereignissen und damit verbundenen Überschwemmungen konfrontiert. Dies führt zu Infrastrukturschäden, Ernteauffällen, Verlust von Menschenleben und Verschlechterung der Wasserqualität.
- Besonders für Brasilien, Südafrika und Indien sind die Küstenregionen von Bedeutung, und der steigende Meeresspiegel stellt eine ernsthafte Bedrohung dar. Die Folgen sind Erosion, Überflutungen von Küstengebieten, der Verlust von Lebensräumen und die Gefährdung der Küstengemeinschaften.
- Der Klimawandel beeinflusst die natürlichen Ökosysteme in den BASIC-Staaten, einschließlich der Wälder, Flüsse, Seen und Meeresökosysteme. Dies führt zu Verlusten an Biodiversität, Störungen im Ökosystemgleichgewicht und hat Auswirkungen auf die Lebensgrundlage von Gemeinschaften.

Rollenbeschreibung: AOSIS

Die AOSIS (Alliance of Small Island States; Allianz kleiner Inselstaaten) wurde 1990 gegründet. Sie vertritt mehrere kleine Insel- und Küstenstaaten: Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Cookinseln, Dominica, Dominikanische Republik, Fidschi, Grenada, Guinea-Bissau, Guyana, Haiti, Jamaika, Kap Verde, Kiribati, Komoren, Kuba, Malediven, Marshallinseln, Mauritius, Föderierte Staaten von Mikronesien, Nauru, Niue, Osttimor, Palau, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, São Tomé und Príncipe, Seychellen, Singapur, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Suriname, Tonga, Trinidad und Tobago, Tuvalu, Vanuatu.

All diese Länder haben mit dem steigenden Meeresspiegel zu kämpfen. Einige Staaten sind akut bedroht, größere Landflächen an die Ozeane zu verlieren, weshalb eine schnelle Einigung erwartet wird. Sie werden dabei von der NGO unterstützt, die ebenfalls die Situation der Staaten so einschätzt.

Ziele	No-Gos
Verpflichtung aller Staaten, bis zu einer allgemein verbindlichen Klimaneutralität im Jahr 2050 Treibhausgase schrittweise zu reduzieren	Vermeidung eines großen Brain-Drain, also einer Abwanderung von Fachkräften aus den jeweiligen Ländern
Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, die den rechtlichen Status von Flüchtlingen international verbindlich definiert, um Geflüchteten aufgrund von Klimakatastrophen Zuflucht zu ermöglichen	Abkommen ohne verbindliche Zusagen zur Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen
Klare Verbindlichkeiten bezüglich der Aufnahme von „Geflüchteten aufgrund von Klimakatastrophen“ durch BASIC, EU und USA	
Kostenloser Zugang zu Umwelttechnologien inklusive Weitergabe der Patente	
Erweiterung des Klimaanpassungsfonds, um finanzielle Hilfen für Anpassungsmaßnahmen zu erhalten	
Verbindliche Regulierung von Land-Grabbing-Aktivitäten	

Situation:

Die AOSIS-Staaten spielen eine wichtige Rolle bei internationalen Klimaverhandlungen und bemühen sich, die internationale Gemeinschaft auf die dringenden Herausforderungen hinzuweisen, mit denen sie konfrontiert sind. Sie setzen sich für Maßnahmen zur Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs ein, um die Auswirkungen des Klimawandels zu mildern und ihre Länder und Gemeinschaften zu schützen.

Weil buchstäblich ihr Überleben daran hängt, setzen die AOSIS-Staaten sich klar für eine Klimapolitik ein, die eine Begrenzung des Temperaturanstiegs um 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau verfolgt. Alle Staaten sollen daher nach Möglichkeit bereits jetzt einen starken Rückgang ihres CO₂-Ausstoßes erreichen und bis spätestens 2050 klimaneutral sein.



Doch bereits jetzt verursachen der Anstieg des Meeresspiegels und die Zunahme von Extremwetterereignissen existenzielle Probleme für diese Länder. Die AOSIS-Staaten fordern die Anerkennung und den angemessenen Umgang mit Verlusten und Schäden, da sie unter den Folgen des Klimawandels leiden. Eine finanzielle sowie materielle Unterstützung ist unumgänglich, um ein Fortbestehen der Staaten zu gewährleisten. Auch sollen Projekte durch die internationale Staatengemeinde zum territorialen Schutz der Länder von den Industriestaaten finanziert werden. Aufgrund ihrer Abhängigkeit von den Ozeanen und Meeren setzen sich die AOSIS-Staaten für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Meeresressourcen ein. Sie fordern Maßnahmen zum Schutz der Korallenriffe, zur Reduzierung von Meeresverschmutzung und zur nachhaltigen Fischerei.

Durch den Anstieg des Meeresspiegels, der Zunahme von Trockenheit und immer intensiver werdender Wirbelstürme müssen Millionen Menschen aus diesen Ländern fliehen. Um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern und schwerwiegende Grenzkonflikte zu vermeiden, müssen aus Sicht der AOSIS-Staaten frühzeitig verbindliche Regelungen zum Umgang mit „Geflüchteten aufgrund von Klimakatastrophen“ gefunden werden. Gleichzeitig ist es euch wichtig, einen sogenannten Brain-Drain, also die Abwanderung gut qualifizierter Fachkräfte, zu vermeiden. Ein weiteres Problem sind der Rohstoffabbau und das Land-Grabbing, vor allem durch einige BASIC-Staaten. Ihre Firmen kaufen weiterhin Landflächen auf, um diese dann skrupellos zu roden und Landwirtschaft zur eigenen Ernährungssicherheit zu betreiben. Darunter leidet eure Bevölkerung erheblich, da Kahlschlag und der Anbau von Monokultur die Auswirkungen des Klimawandels verschärfen und eure eigene Landwirtschaft ins Ungleichgewicht bringen.

Eure Stärke liegt in der bereits frühzeitig gemeinsam initiierten Forschung zu den Auswirkungen des Klimawandels in der Region und in den Sektoren Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft. Aufgrund dessen seid ihr wissenschaftlich den anderen Staaten im Bereich der Ernährungssicherung voraus.

Auswirkungen durch den Klimawandel:

- Der Anstieg des Meeresspiegels ist eine ernsthafte Bedrohung für die AOSIS-Staaten, da viele von ihnen aus niedrig liegenden Inseln und Küstengebieten bestehen. Die Folgen können Küstenerosion, Überflutungen, Salzwassereindringen in Süßwasserquellen und die Gefährdung von Siedlungen und Infrastruktur sein. Es besteht die Gefahr des Verlusts von Landflächen und der Vertreibung von Bevölkerungsgruppen.
- Die AOSIS-Staaten sind vermehrt von extremen Wetterereignissen wie Stürmen, Wirbelstürmen, Überschwemmungen und Dürren betroffen. Diese Ereignisse können zu erheblichen Schäden an Infrastruktur, Landwirtschaft und menschlichen Siedlungen führen. Im Vergleich zu reichen Industrienationen sind die AOSIS-Staaten auch weniger widerstandsfähig gegenüber solchen Ereignissen aufgrund begrenzter Ressourcen und Infrastruktur. Hier droht schnell eine Verarmung von ganzen Ländern.
- Die zunehmende Aufnahme von Kohlendioxid (CO₂) durch die Ozeane führt zu einer Versauerung des Meerwassers. Dies kann negative Auswirkungen auf die marinen Ökosysteme und die Artenvielfalt haben, insbesondere auf Korallenriffe und Meereslebewesen. Da viele AOSIS-Staaten von intakten Korallenriffen abhängig sind, besteht die Gefahr, dass die Fischerei, der Tourismus und die Küstenökosysteme darunter leiden, was die Wirtschaft schwächt.
- Dürren, veränderte Niederschlagsmuster und das Eindringen von Salzwasser können die Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser beeinträchtigen und die landwirtschaftliche Produktion gefährden. Dies kann die Nahrungsmittelsicherheit und das Wohlergehen der Bevölkerung beeinträchtigen.
- Der Klimawandel hat Auswirkungen auf die biologische Vielfalt und die Ökosysteme der AOSIS-Staaten. Der Verlust von Lebensräumen, die Verschiebung von Artenverteilungen und die Ausrottung von Pflanzen- und Tierarten können auftreten. Dies kann ökologische Gleichgewichte stören, die Artenvielfalt verringern und die Abhängigkeit der AOSIS-Staaten von ihren natürlichen Ressourcen beeinträchtigen.

Rollenbeschreibung: Nichtregierungsorganisation

Die beobachtende NGO ist ein wichtiger Partner bei der Lobbyarbeit, insbesondere für die am stärksten vom Klimawandel betroffenen Staaten. Ein Stimmrecht habt ihr nicht, dennoch seid ihr nicht ohne Einfluss. Aufgrund eures globalen Mobilisierungspotenzials haben die einzelnen Verhandlungsparteien ein Interesse, von euch positiv bewertet zu werden. Deshalb könnt ihr an den Verhandlungsrunden teilnehmen, euren Standpunkt formulieren und dann während der Konferenz Meinungen anderer Parteien kommentieren. Ein Scheitern der Konferenz wollt ihr unbedingt vermeiden, daher formuliert ihr eure Meinungen stets höflich.

Ziele	No-Gos
Klares Ziel ist die globale Klimaneutralität spätestens bis 2050.	Scheitern des Abkommens
Garantie weltweiter Ernährungssicherheit – Fairness gegenüber Menschen und Umwelt. Dazu gehört auch, sich gegen Land-Grabbing und Raubbau durch Rohstoffausbeutung einzusetzen.	Abkommen ohne verbindliche Reduktionsziele
Verbindliche Regelung zum Umgang mit Geflüchteten aufgrund von Klimakatastrophen	

Situation:

Ihr setzt euch mit aller Kraft für Klimaschutz und ein möglichst umfassendes Abkommen ein. Euer klares Ziel dabei ist die Einhaltung des Ziels von maximal 1,5 Grad Celsius Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit. Dafür müssten zwingend eine schrittweise Reduktion von Treibhausgasen aller Beteiligten und das Ziel der globalen Klimaneutralität im Jahr 2050 vereinbart werden.

Als solidarische NGO steht ihr auf der Seite der Schwächsten. Im Hinblick auf die ungewisse Zukunft einiger AOSIS-Staaten setzt ihr euch zudem für eine verbindliche Regelung des Umgangs mit „Geflüchteten aufgrund von Klimakatastrophen“ und gegen Land-Grabbing und wirtschaftliche Ausbeutung ein. Auch wenn ihr der Ansicht seid, dass wirklich alle Verhandlungsparteien anpacken müssen, wenn der Planet als lebenswert erhalten werden soll, seht ihr die Hauptverantwortung bei den westlichen Industriestaaten (EU und USA), aber zunehmend auch bei den BASIC-Staaten. Diese müssen verstärkt in die Pflicht genommen werden.

Vor allem in der EU und in den USA haben sich starke Klimabewegungen entwickelt, die das Potenzial zur Massenmobilisation haben. Beide Parteien sind daher darum bemüht, wenn auch nicht in letzter Konsequenz darauf angewiesen, in ihren Handlungen grundsätzlich positiv von euch bewertet zu werden.

Das Potenzial gibt es innerhalb der BASIC-Staaten in weit geringerem Maße. Allerdings möchten diese zur Förderung ihrer geostrategischen Position gerade auch von den ärmeren und vom Klimawandel stark betroffenen Staaten als deren Interessenvertretung anerkannt werden. Daher sind auch diese an einer positiven Bewertung ihrer Verhandlungspositionen durch euch interessiert.

Hinzu kommt noch, dass ihr als nichtstaatlicher Akteur von ideellen Zielen und nicht von wirtschaftspolitischen bzw. geostrategischen Interessen geleitet werdet. Das könnte euch an der einen oder anderen Stelle einen unverstellten Blick auf festgefahrene Positionen ermöglichen und damit eine gute Vermittler*innenposition einbringen.

Begriffe im Planspiel „UN-Klimakonferenz“ kurz erklärt

Brain-Drain:

"Brain Drain" bezeichnet den Prozess, bei dem hochqualifizierte oder gut ausgebildete Personen, wie Wissenschaftler*innen, Ingenieur*innen oder Fachkräfte, ihr Heimatland verlassen, um in einem anderen Land zu arbeiten und zu leben. Dieser Verlust von talentierten Fachkräften kann negative Auswirkungen auf das Herkunftsland haben, da wertvolles Wissen, Fähigkeiten und Innovationen verloren gehen und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung beeinträchtigt werden können.

Klimaneutral:

Klimaneutral bedeutet, dass die Gesamtbilanz von Treibhausgasemissionen eines Staates, von Unternehmen, Produkten oder auch Einzelpersonen ausgeglichen ist, indem entweder keine Emissionen entstehen oder verursachte Emissionen durch Klimaschutzmaßnahmen kompensiert werden. Die Kompensation kann beispielsweise durch Aufforstung oder etwa die Wiederbewässerung trockengelegter Moore erfolgen. Das Ziel ist, die Nettoemissionen auf null zu reduzieren, um den Beitrag zur globalen Erwärmung zu minimieren und den Klimawandel zu bekämpfen.

Land-Grabbing:

Unter Land-Grabbing bezeichnet man den Erwerb großer Landflächen, in der Regel für das Anlegen großer Monokulturen, durch Unternehmen, Regierungen und Einzelpersonen. Angewandt wird diese Praxis hauptsächlich in wirtschaftlich weniger stark entwickelten Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Land-Grabbing hat direkte Auswirkungen auf die Umwelt und den Lebensraum der Bevölkerung in den betroffenen Regionen. Besonders wirkt sie sich aber auch auf die Ernährungssicherheit aus, da die Agrarflächen nach dem Kauf meist für exportorientierte Produktion genutzt werden.

Pariser Abkommen:

Das Pariser Abkommen, verabschiedet auf der UN-Klimakonferenz 2015, hat das Ziel, den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, nationale Klimaschutzbeiträge festzulegen und alle fünf Jahre zu überprüfen und gegebenenfalls zu erneuern. Teil des Abkommens sind auch die finanzielle Unterstützung für Entwicklungsländer sowie ein Transfer von umweltfreundlichen Technologien. Die Notwendigkeit der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels wird in dem Abkommen sehr hervorgehoben.

Kooperatives Kugellager – von der Idee bis zur praktischen Umsetzung



Anzahl der Teilnehmenden:

Kleine und mittlere Gruppengröße (7 bis 20 Teilnehmende)



Zeit:

ca. 180 bis 210 Minuten (ohne Pausen)



Moderationskompetenz:



Vorkenntnisse der Teilnehmenden:



Ziele:

Die Teilnehmenden:

- entwickeln eine oder mehrere Ideen, wie sie politisch wirksam werden können.
- trainieren das aktive Zuhören in einer Gruppe sowie das Einbringen eigener Ideen.
- überlegen erste Umsetzungsschritte.



Kurzbeschreibung:

Diese Methode dient der Aktivierung und kann als Abschluss einer Veranstaltung eingesetzt werden. Besonders geeignet ist die Methode zudem für Gremien oder auch bereits bestehende Gruppen, die über potenzielle Aktivitäten nachdenken und dabei schon in eine Arbeitsphase treten wollen. Die Teilnehmenden sollen von der Entwicklung einer gemeinsamen Idee an die ersten Schritte der Umsetzung beschreiben. Eine sehr positive Wirkung hat die Methode, wenn die Teilnehmenden auch nach dem Workshop weiter an der Umsetzung arbeiten.



Material:

- Moderationskoffer (wichtig sind Klebepunkte)
- Moderationswände, Flipcharts
- ein Ort, wo sich Gruppen auch zurückziehen können, um in Ruhe gemeinsam zu arbeiten
- Laptops mit Internetzugang



Ablauf:

Vor allem mit Gruppen, bei denen sich die Teilnehmenden kennen und bereits Projekte oder Aktionen durchgeführt haben, hat die Methode einen positiven Effekt. Die Ergebnisse können auch nach dem Workshop noch in ihre jeweilige Arbeit einfließen. Mit einer Gruppe, deren Mitglieder sich vorher nicht begegnet sind, kann die Methode aber auch funktionieren. Wichtig ist, dass vor dem kooperativen Kugellager genug Zeit vorhanden ist, um sich gegenseitig kennenzulernen.

Es empfiehlt sich, der Gruppe frühzeitig mitzuteilen, dass der Ablauf in sehr kurzen Arbeitsphasen erfolgt. Durch den hohen Zeitdruck soll Kreativität entstehen.

Die Methode wird in vier Phasen durchgeführt.

Phase 1: Der kooperative Austausch von Ideen (Arbeitszeit: ca. 40 Minuten)

Das erste Teilziel der Methode sind die Entwicklung und Diskussion von Ideen. Dazu wird zunächst ein übergeordnetes Thema, zum Beispiel „Mobilitätswende“, festgelegt. Anschließend werden die Teilnehmenden aufgefordert, sich Gedanken darüber zu machen, was ihnen an dem Thema besonders wichtig ist.

Jede Person erhält einen Stift und Karten, um sich Notizen zu machen. Danach erhalten die Teilnehmenden ca. drei Minuten Zeit, sich allein zu überlegen, welches Ziel sie in dem Themenfeld gern bearbeiten wollen (zum Beispiel mehr Radwege in der Innenstadt, kostenloser ÖPNV für Rentner*innen oder Ausbau des Busfahrplans in Vierteln am Stadtrand). Sie sollen auch begründen, warum ihnen dieses Ziel wichtig ist.

Nun beginnt das sogenannte „kooperative Kugellager“. Hierzu stellen sich die Teilnehmenden in zwei Kreise auf, einen Außenkreis und einen Innenkreis, sodass jede Person einer anderen gegenübersteht. Ist eine ungerade Anzahl von Teilnehmenden vorhanden, müsste eine Gruppe mit drei Personen gebildet werden.

Alle Teilnehmenden sollen mit allen anderen sprechen und ihnen ihre Idee bzw. ihr Ziel vorstellen. Das heißt, wenn es beispielsweise 16 Teilnehmende sind, gibt es 15 Runden, in denen jeweils eine Minute lang die Ideen gegenseitig vorgestellt und begründet werden. Nach einer halben Minute gibt die Moderation ein Signal, dass die Idee des/der Gesprächspartner*in besprochen werden soll. Nach einer Minute gibt sie ein weiteres Signal, dass der innere Kreis sich eine Person weiter nach rechts bewegt. Der äußere Kreis bleibt stehen.

Ist die Minute vorbei, sollte die Gruppe Zeit bekommen, um mögliche Ideen zu notieren, die sie gut fanden. Danach wiederholt sich die Austauschphase erneut, bis alle Personen miteinander gesprochen haben.

Da diese Phase der Methode sehr anstrengend für die Teilnehmenden sein kann, sollte danach eine kleine Pause eingelegt werden.

Phase 2: Die Auswahl von Ideen (Arbeitszeit ca. 20 Minuten)

Im nächsten Schritt wird in der ganzen Gruppe über die Themen verhandelt. Es lohnt sich noch einmal nachzufragen, ob Teilnehmende schon einen Favoriten haben oder ihre Idee eher verwerfen würden. Ist dies der Fall, bleiben die Ideen übrig, über die eine Abstimmung erfolgt. Dazu werden die Karten mit den Ideen an eine Moderationswand

gepinnt. Jede Person bekommt drei Punkte und kann nun nach Vorliebe den Ideen Punkte geben. Eine Karte kann von einer Person auch mehrere Punkte erhalten. Nachdem das geschehen ist, hat man nun ein Ergebnis. Je nach Gruppengröße werden die Ideen weiterbearbeitet, die die meisten Punkte bekommen haben. Mehr als drei Ideen sollten jedoch nicht bearbeitet werden, um den Zeitrahmen nicht zu überziehen.

Phase 3: Überlegungen zur Umsetzung der Idee (Arbeitszeit: 60–90 Minuten)

Die dritte Phase ist eine Kleingruppen-Arbeitsphase. Die Teilnehmenden überlegen in Kleingruppen (drei bis fünf Personen), was sie tun könnten, um ihr Ziel zu erreichen und was bei der Umsetzung zu beachten ist. Die Kleingruppen sollten in Ruhe, möglichst in eigenen Räumen arbeiten können. Ihre Ideen sollten sie später in der großen Gruppe vorstellen, damit die anderen Teilnehmenden einen Eindruck des Erarbeiteten erhalten und Vorschläge noch ergänzen können. Wenn es möglich ist, sollte ein Internetzugang sowie das dazugehörige technische Gerät vorhanden sein. Hier ist die zeitliche Vorgabe nicht verpflichtend. Die Teilnehmenden sollten genug Zeit erhalten, ihre Ideen auszuarbeiten. Die Moderation kann die Kleingruppen aufsuchen und Hilfestellung leisten bzw. Nachfragen stellen.

Phase 4: Präsentation (Arbeitszeit: 60 Minuten)

Nun kommen alle Teilnehmenden wieder zusammen und jede Gruppe präsentiert ihre Ergebnisse an einer Moderationswand. Im Anschluss daran können Nachfragen gestellt und weitere Ideen eingefügt werden. Die Moderation kann vertiefende Fragen stellen, wie:

- Was ist bei der Umsetzung zu beachten?
- Wie lange braucht ihr, um das Ziel zu erreichen?
- Was benötigt ihr zur Umsetzung?

Die Antworten und Wortbeiträge aus der Gruppe können an der Moderationswand ergänzt werden.

Zum Schluss sollte sich die Gruppe einigen, woran sie gern weiterarbeiten möchte. Die Ergebnisse werden abschließend fotografiert und den Teilnehmenden zur Verfügung gestellt.



Impressum

HERAUSGEGEBEN DURCH

DGB Bildungswerk e. V.
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf

VORSITZENDE

Elke Hannack

GESCHÄFTSFÜHRERIN

Claudia Meyer

REDAKTION

Mark Haarfeldt

PROJEKTPARTNER

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Keithstraße 1
10787 Berlin

LAYOUT UND GRAFISCHE UMSETZUNG

Zitrusblau GmbH
www.zitrusblau.de

GEFÖRDERT DURCH

Bundeszentrale für politische Bildung

VERÖFFENTLICHT

2023



In Kooperation mit:



Offen im Denken

Gefördert durch:

